

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 13 (1972)  
**Heft:** 12

**Rubrik:** Unser TV-Kommentar

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Verbrennt die Hexe SOI

(Fortsetzung von Seite 9)

spars Massstäben Voraussetzung wäre. Was er uns vorwirft, nämlich «dem Image der kommunistischen Staaten Abbruch» zu leisten, gehört in die Verantwortung der kommunistischen Führer, die uns wenig Anlass geben, positive Errungenschaften in ihrem Herrschaftsbereich zu kommentieren, und die den Entschluss zum Einmarsch in die Tschechoslowakei sicher ohne uns gefasst haben. Im übrigen haben wir die Schwarzweissmalerei nachweisbar schon bekämpft, als sie noch im antikommunistischen Sinne modisch war.

Hübsch ist der Hinweis, Arbeiter hätten Mühe, den «Abonnementspreis für die Gesamtpublikationen aufzubringen». Spricht es etwa gegen den Kauf eines Buches, dass man nicht sämtliche Bücher des gleichen Verlages kaufen kann? (Unser Informationsdienst, dessen Abonnie rung für den einzelnen Staatsbürger wenig sinnvoll ist, weil er jährlich über 4000 Seiten Uebersetzungen aus der kommunistischen Presse auszuwerten hätte, kostet 1000 Franken. Das entspricht 20 Franken für die wöchentlich 80 Seiten zeitraubender Auswahl, Uebersetzungs- und Schreibearbeit!)

In der Tat: Politische Aufklärungsarbeit auf sachlicher Grundlage und als Ergebnis wissenschaftlicher Forschung ist kein einträgliches Geschäft, wie man es uns allerdings auch schon vorgeworfen hat und wie es die «National-Zeitung» betreibt. Merkwürdig bleibt indessen, dass man uns sowohl vorwirft, mit dem «Antikommunismus» ein Geschäft zu betreiben, als auch, damit keinen Erfolg zu haben. Merkwürdig bleibt, dass uns wegen des «schlecht florie-

renden» Geschäftes Vorwürfe just von jener Seite zufliegen, die sich sonst nicht damit genug tun kann, gegen das Profitdenken anzurennen.

Merkwürdig bleibt schliesslich, dass an sachlichen Einwänden gegen unsere Arbeit nichts vorgebracht worden ist. Kein Hinweis, geschweige denn Beweis, dass unsere Informationen tatsachenwidrig wären, kein Argumentieren mit unserer Argumentation. Vermutlich sind wir gerade deshalb so anstössig; wir erinnern uns zu gut, wie die moskaugläubigen Kreise nach der sowjetischen Invasion der Tschechoslowakei vom 21. August 1968 sagten, wir hätten kein Recht, recht gehabt zu haben. Das allerdings darf uns in unserer Arbeit nicht beirren.

Peter Sager

## Briefe

(Fortsetzung von Seite 7)

die BRD. Bei dieser Bewertung wird die auch international wichtige Tatsache gänzlich vergessen, dass der Vertrag eine absolute Absage an das Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeutet.

Die DDR wurde nicht auf Wunsch ihrer Bevölkerung geschaffen, sondern im Interesse der Sowjetunion. Man hat sie niemals in der Form einer geheimen Wahl befragt, ob sie der Errichtung des Staates zustimme. Das als Prinzip sonst allgemein anerkannte Selbstbestimmungsrecht, auf Grund dessen auch die ehemaligen Kolonialvölker ihre staatliche Freiheit erhielten, wurde ihr nicht gewährt.

Dass die Sowjetunion der Bevölkerung der DDR das Selbstbestimmungsrecht aberkennt, entspricht ihrer politischen Ueberzeugung und Praxis.

Schon Lenin sagte, man dürfe das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur mit dem Vorbehalt anerkennen, dass es im Interesse der Sowjetunion liege; sonst nicht. Sonderbarerweise spricht aber auch die nichtkommunistische, demokratische Welt der Bevölkerung der DDR das Selbstbestimmungsrecht ab. Auch diese Welt ist ausdrücklich oder stillschweigend mit dem Selbstbestimmungsrecht-Verzichtvertrag einverstanden oder hat sogar ihre Freude darüber geäussert, obwohl dies ihren Interessen nicht entspricht.

Die Absage an das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung ist nicht nur eine Sache des deutschen Volkes, sondern aller Völker, da sie eine allgemeine politische Bedeutung hat. In politischer Hinsicht ermöglicht sie den stärkeren Staaten, andere Länder und Völker ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht zu unterdrücken, zu okkupieren und einzuverleiben. Andererseits beraubt sie die bereits okkupierten Länder jeder Möglichkeit, aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes die Selbständigkeit wieder zu erlangen. Wenn der Bevölkerung der DDR das Selbstbestimmungsrecht nicht zuerkannt wird, so kann es auch die Bevölkerung der Tschechoslowakei nicht beanspruchen, und auch zum Beispiel die Balten haben keine Grundlage zu ihrer Forderung nach Selbständigkeit. F. Kl.

*Gerade weil ich für das Selbstbestimmungsrecht auch der Tschechoslowaken usw. bin, sehe ich nicht so recht ein, was für eine Neuigkeit man geschaffen hat, wenn man jetzt auch die DDR gleich behandelt wie die CSSR. Im übrigen habe ich nichts gegen das Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen. Im Osten ist es seit 25 Jahren aufgehoben; im Westen wird es jetzt bedroht; daher meine aktuelleren Sorgen.* cb

## Unser TV-Kommentar

Für die mögliche Informationsmanipulation an unsern Monopolinstitutionen lieferte die Berichterstattung des deutschschweizerischen Fernsehens über die Vietnamdemonstration vom 3. Juni in Bern ein geradezu klassisches Beispiel.

Hier zunächst die relevanten Tatbestandselemente. Der Zug der Demonstranten formierte sich auf dem Bundesplatz und brach von dort auf zur amerikanischen Botschaft. Nach Ueberqueren der Kirchenfeldbrücke scherte eine Gruppe von teils behelmt und maskierten Leuten aus, um vor dem Gebäude amerikanischer Gesellschaften an der Jungfraustrasse blitzschnell zu Gewaltakten zu schreiten. Sachschaden rund 100 000 Franken. Knapp vor der Ankunft der alarmierten Polizei wurden diese Angriffe abgebrochen. Auf Befehl ihrer Führer tauschten die Leute Helme, Maskenschutz und Westen aus, um der Identifizierung durch Photos entgegen zu können — wie das übrigens in der einschlägigen Literatur für Stadtguerillas empfohlen wird. Diese Gruppe begab sich dann geschlossen und gefolgt von Polizei zur amerikanischen Botschaft, wo sie zum Gros der Demonstranten stiess und — nach Verbrüderungsszenen mit diesen — die Polizei in drohender Haltung empfing. Als die Polizei abwartend Stellung bezog, wurde sie mit Schleudern beschossen. Darauf rückte sie einige Schritte vor, worauf die Gewaltanwen-

dung aufhörte. Kurz darnach wurde auch die Demonstration selbst abgebrochen.

Tags zuvor hatten an der Universität Bern Flugblätter zu einer gewaltlosen Gegendemonstration aufgerufen. Entsprechende Flugblätter wurden ohne Störung der Demonstration — auf dem Bundesplatz — und nur dort — verteilt. Damit hatte das, was inhaltlich als Gegendemonstration zu verstehen ist, sein Bewenden. Wir müssen das hier nachdrücklich festhalten, weil dann in der TV-Berichterstattung der Begriff der Gegendemonstration eine Rolle spielt.

Am Abend des 3. Juni zeigte unser Fernsehen vor der Tagesschau zunächst einen nordvietnamesischen Film über die Zerstörungen durch amerikanische Bomben. Merkwürdig schon hier, wie nordvietnamesische Communiqués, Filme und Propagandaschriften mit kritikloser Gläubigkeit ins Programm aufgenommen werden, derweil entsprechenden Verlautbarungen aus Saigon grundsätzlich mit maximalem Misstrauen, wenn nicht mit deklariertem Unglauben begegnet wird. (Jener Seite also, die in ihrem Machtbereich kritische Aeusserungen einer öffentlichen Meinung zulässt, glaubt man nicht, der Seite aber, die nichts gelten lässt ausser ihrer eigenen obrigkeitlichen Darstellung, der glaubt man unbesehen.) Keine Rede davon, vor, während oder nach diesem Film, dass Hanoi einen regelrechten zwischenstaatlichen Angriffskrieg ausgelöst hatte, dass es wegen der erfolgten Vietnamisierung im Süden und der schwindenden Macht des Vietcong zur offenen Invasion hatte übergehen müs-

sen. Keine Rede davon, dass der Norden allein eine Aggression betreibt, dass Südvietnam nur verteidigt und keinen Herrschaftsanspruch auf Nordvietnam erhebt.

Statt dessen leitete der Sprecher nahtlos über zum Bericht über die friedliche Berner Demonstration, gerichtet gegen die Greuelthaten des amerikanischen Imperialismus, wie sie der Film in ausgesprochener Feinddarstellung gezeigt hatte. Es folgte ein Ausschnitt aus dieser Demonstration. Man sah, dass es nicht gar so friedlich zu und her ging. (Und anderntags vernahm man von den Verwüstungen durch bestimmte Demonstranten.) Das Gezeigte und das Nichtgezeigte liess sich nun allerdings mit der Vorstellung einer friedfertigen Demonstration nicht so gut vereinbaren. Also suggerierte man eine Erklärung. Im Zusammenhang mit den gewaltanwendenden Demonstranten sprach man von einer «Gegendemonstration», durch welche die friedliche Demonstration gestört worden sei. Aus dem, was inhaltlich ein Teil der Demonstration war, wurde eine Gegendemonstration gemacht. Und was sollte eigentlich das Fernsehpublikum glauben (besonders nachdem ja eine inhaltliche Gegendemonstration angekündigt und in den von uns geschilderten Ansätzen durchgeführt worden war)? Etwa, dass Anhänger Saigons ihre Gewalttätigkeit in die friedliche Demonstration hineingetragen hätten? Oder was sonst? Jedenfalls war die Verantwortung der Demonstranten aufgehoben. So einfach wird Zeitgeschichte manipuliert. ps